

Die Nachwendegeneration meldet sich zu Wort

Ostflimmern – Einblick in ein Lebensgefühl

VORWÄRTS



Die Wende-Millennials melden sich zu Wort

Ostflimmern – Einblick in ein Lebensgefühl



2

Schon zum 35. Mal hat sich der Mauerfall am 9. November gejäht, aber in den Köpfen der Menschen in Ost und West gibt es immer noch Vorbehalte, Missverständnisse und Vorurteile. Tatsächlich scheint die Entfremdung eher zu wachsen und sich als Frustration gegenüber dem „Besserwessi“ oder dem „Jammerossi“ Luft zu machen. Da kommt es gerade recht, dass sich jetzt die ostdeutsche Nachwendegeneration mit einem bemerkenswerten Buch zu Wort gemeldet hat, das das Zeug hat, die Gräben wieder zuzuschütten.

„Ostflimmern“ ist ein Buch, in dem verschiedene Autorinnen und Autoren der Nachwendegeneration sowie der Fotograf Philipp Baumgartner auf unterschiedlichste Weise in Wort und Bild (siehe Titelbild) Einblick in das Lebensgefühl von Menschen mit ostdeutschen Wurzeln geben.

In den bunt zusammengewürfelten Gedichten, Essays und Fotografien wird dabei weder ein moralischer Zeigefinger erhoben noch geht es um eine verherrlichende Retrospektive. Konkrete Forderungen, Schuldzuweisungen oder Appelle wird der Leser vergeblich suchen, stattdessen teilen Vertreterinnen und Vertreter einer zwischen Ost und West sozialisierten Generation unkommentiert ihre Erfahrungen und ihr Lebensgefühl. Damit dürf-

ten sie das erreichen, was in der zwischenmenschlichen Auseinandersetzung oft schmerzlich fehlt, nämlich mehr Empathie auf westdeutscher und mehr Selbstbewusstsein auf ostdeutscher Seite.

■ Schlüsselrolle als Brückenbauer

Bei der Vorstellung des erst im September dieses Jahres erschienen Buches in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt in Berlin am 14. November durch den Fotografen Philipp Baumgarten, der Mitautorin und Herausgeberin Anne-Kathrin Kohout sowie der Journalistin und Mitautorin Anne Ramstorf jedenfalls wurde deutlich, dass die „Wende-Millennials“, als Kinder der 1990er-Jahre eine Schlüssel-

rolle als Brückenbauer zwischen Ost und West einnehmen können und wollen. Denn sie sind geprägt, wie es im Klappentext des Buches wörtlich heißt, „von Industriebranchen einerseits und US-amerikanischer Popkultur sowie der globalen Digitalisierung andererseits“ und betrachten „kritisch, aber auch mit Nachsicht ihre Kindheit und die Zeit der Wiedervereinigung“.

Mit ihrem sehr lesenswerten und reich bebilderten Buch leisten die 14 in dem Band vertretenen Autorinnen und Autoren und Fotograf Baumgartner jedenfalls schon jetzt einen bemerkenswerten Beitrag für ein besseres gegenseitiges Verständnis oder wie Anne Ramstorf in ihrem Beitrag schreibt: „Sie investieren ihre Mühe, mit Landsleuten zu diskutieren,

ihnen zuzuhören, auf die Straße zu gehen, für die Demokratie zu kämpfen, gesellschaftlich wertvolle Projekte ins Leben zu rufen und trotzdem die Schwerkraft und Enttäuschung anzuerkennen, die ihre Familien, Nachbarn, Mitbürgerinnen mitunter in sich tragen. Lasst uns die Vergangenheit nicht wegwischen ...Aber lasst uns auch zusammen in die Zukunft gucken. Wie können wir mit diesem Erbe umgehen und daraus Kraft schöpfen.“ ■

*Ostflimmern –
Wir Wende-Millennials,
Philipp Baumgartner/Anne-
Kathrin Kohout (Hg), ist er-
schienen im Mitteldeutschen
Verlag als gebundener Bild-
Text-Band mit 176 Seiten
zum Preis von 30 Euro
(ISBN 978-3-96311-944-6).*

Das dbb regional magazin sagt Lebewohl!

Vor 30 Jahren wurde das dbb regional magazin gemeinsam vom dbb Bund und seinen nach der Wiedervereinigung im Osten Deutschlands gegründeten Landesbünden aus der Taufe gehoben – als spezieller gemeinsamer Infokanal für die neu hinzugekommenen dbb Mitglieder im Beitrittsgebiet. Nach drei Jahrzehnten wird das Magazin nun mit dieser Ausgabe eingestellt und bedankt sich bei seinen Leserinnen und Lesern für die erwiesene Aufmerksamkeit.

Tatsächlich hat das dbb regional magazin seinen Zweck erfüllt, weil die beteiligten Landesbünde längst keiner Unterstützung mehr durch den dbb Bund bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit bedürfen. Denn als die dbb bundesleitung und die Vorsitzenden der Landesbünde in den östlichen Bundesländern sich auf ein gemeinsames Regionalmagazin geeinigt hatten, sah die Situation noch anders aus. Die noch jungen Landesbünde in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen steckten mitten in der Aufbauarbeit und hatten in der Nachwendezeit enorme Sonderprobleme zu stemmen. Kündigungsschutz, Versorgung und Anerkennung von in der DDR erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen zählten zu den existenziellen Fragen, von denen der Westen unberührt blieb.

Inhaltlich, aber auch organisatorisch war deshalb ein Regionalmagazin das Gebot der Stunde. Zum einen informierte es schwerpunktmäßig über die zitierten Sonderprobleme, zum anderen wurden die beteiligten Landesbünde, die in ihrer Aufbauphase ohnedies schon mit zahllosen Rechts- und Organisationsfragen konfrontiert waren, vom Herstellen und Verlegen einer Zeitschrift entlastet.

Die Beteiligung an dem gemeinsamen Organ wechselte zunächst. Seit der Gründung von Optiprint – der gemeinsamen Magazinherstellung im dbb – im Jahre 1999 sind aber Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen dabei, während Brandenburg eigene Wege ging.

Mittlerweile heißen die „neuen Bundesländer“ nur noch

neu und die Lebensverhältnisse haben sich in Deutschland weiter angeglichen, speziell im öffentlichen Dienst. Die Digitalisierung ist auf dem Vormarsch und spielt auch in der Öffentlichkeitsarbeit eine immer größere Rolle. Die dbb Landesbünde verfügen über vorbildliche Internetpräsenzen zur Information ihrer Mitglieder und um jüngere Menschen zu erreichen, ist Social Media angesagt. Das ändert nichts am hohen Stellenwert einer Mitgliederzeitung und es bleibt abzuwarten, ob der eine oder andere Landesbund in Ostdeutschland sich für ein eigenes Printmedium entscheidet.

Das dbb regional magazin wünscht seinen Herausgebern in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine weiterhin gute Öffentlichkeitsarbeit mit einem nach innen wie nach außen positiven Echo.

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber:

Landesvorsitzender Dietmar Knecht
dbb beamtenbund und tarifunion
landesbund mecklenburg-vorpommern
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin
Tel.: 03855.811050, post@dbb-mv.de,
www.dbb-mv.de

Landesvorsitzende Nanette Seidler
SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen
Theresienstraße 15, 01097 Dresden
Tel.: 0351.4716824, post@sbb.dbb.de,
www.sbb.de

Landesvorsitzender Ulrich Stock
dbb beamtenbund
und tarifunion sachsen-anhalt
Schleifufer 12, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391.5619450,
post@sachsen-anhalt.dbb.de,
www.sachsen-anhalt.dbb.de

Landesvorsitzender Frank Schönborn
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen
Landesgeschäftsstelle
Schmidtstedter Straße 9, 99084 Erfurt
Tel.: 0361.6547521, post@dbbth.de,
www.thueringer-beamtenbund.de

Redaktion: Annemarie Wellige
(leitende Redakteurin)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Nannette Seidler

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Frank Fritze

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titel: © Philipp Baumgarten

Verlag: DBB Verlag GmbH,

Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH,

Mediacenter, Dechenstraße 15 a,

40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

Telefon: 02102.74023-714

Anzeigenposition:

Britta Urbanski,

Telefon: 02102.74023-712,

Preisliste 27, gültig ab 1.1.2024

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern

In eigener Sache

Letzte Ausgabe des dbb regional magazin

Liebe Leserinnen und Leser des dbb regional magazin,

das vor Ihnen liegende Heft wird in dieser Form die letzte Ausgabe unseres dbb regional magazin sein. Nachdem im Januar 1993 erstmals unter dem Titel „Der öffentliche Dienst in Mecklenburg-Vorpommern“ Informationen des dbb m-v als Beilage zum dbb magazin erschienen, findet diese Ära nach fast 34 Jahren und weit über 300 Ausgaben ein Ende. Das heißt aber natürlich nicht, dass Sie in Zukunft nicht ebenso aktuell und umfassend über alle für den öffentlichen Dienst in unserem Land relevanten Themen und über die Aktivitäten des dbb m-v informiert werden. Soziale Medien und natürlich unsere Homepage www.dbb-mv.de werden unsere Mitglieder und alle anderen Interessierten selbstverständlich auf dem Laufenden halten.

Viele „Aufreger“ wurden Normalität

Ein Blick in die allererste Ausgabe ist auch nach über 30 Jahren sehr interessant: Einige Themen, die damals im Mittelpunkt standen, spielen zum Teil auch heute noch eine wichtige Rolle, andere „Aufreger“ von damals sind heute Normalität. So ging man zum Beispiel 1993 davon aus, dass es nach der Ernennung von Schulräten und Schulleitern im Jahr 1992 mit der Verbeamtung im Lehrerbereich im Jahre 1993 zügig vorangehen werde. Die Erfahrung hat gezeigt, dass das noch mehr als 20 Jahre, nämlich bis zum 1. August 2014

dauern sollte, bis die Politik endlich erkannt hat, dass es gegenüber anderen Bundesländern im Wettstreit um Nachwuchs unumgänglich ist, junge Lehrkräfte zu verbeamen. Viele, die Anfang der 1990er-Jahre auf eine Verbeamtung gehofft hatten, kamen allerdings inzwischen aufgrund der im Landesbeamtengesetz verankerten Höchstaltersgrenze für die Verbeamtung nicht mehr infrage.

Von Anbeginn aktiv in der Frauenpolitik

Vor seiner Gründung stand im Jahre 1993 der Landesfrauenrat. Die damalige – und auch heutige – Vorsitzende der dbb Landesfrauenvertretung, Brigitte Schroeder, wurde in den Vorstand des Grün-

dungsausschusses gewählt und der dbb m-v ist Gründungsmitglied des Landesfrauenrates, der am 16. Juni 1993 seine Arbeit aufnahm.

Ein weiteres Thema war die Wahl von Personalvertretungen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Kritisiert wurde die teilweise große „Zurückhaltung“ vieler Dienstherren

bei der Vorbereitung der Personalratswahlen. Das war sicherlich nicht zuletzt auch den mangelnden Kenntnissen in diesem Bereich bei den Beschäftigten und auch den Vorgesetzten aus den neuen Bundesländern geschuldet. Heute sind die Personal- und Betriebsräte eine wichtige Säule der Mitbestimmung und Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften engagieren sich erfolgreich für ihre Kolleginnen und Kollegen.



> Erste Ausgabe der Mitgliederzeitung

Informationen der Fachgewerkschaften

Liebe Leserinnen und Leser, diese Zeilen spiegeln natürlich nur einen Bruchteil der Themen wider, über die das dbb regional magazin berichtet hat. Ging es anfangs zum großen

Teil um die Tätigkeit des dbb Landesbundes selbst, kamen in den folgenden Jahren zunehmend Berichte über die Aktivitäten der mehr als 30 Fachgewerkschaften im dbb m-v hinzu. Auch diese verfügen inzwischen größtenteils über professionelle und informative

Internetauftritte und sind in den sozialen Medien präsent, sodass auch hier niemand auf aktuelle Informationen verzichten muss.

Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich für Ihr Interesse an unseren Seiten

des dbb regionalmagazins bedanken und wünschen Ihnen für die Zukunft alles Gute!

*Dietmar Knecht
(Landesvorsitzender),
Anka Schmidt
(Verantwortliche Redakteurin)*

8. Landesgewerkschaftstag der komba – Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern

Knecht: Politik muss demnächst erklären, warum öffentliche Daseinsvorsorge nicht mehr funktioniert

„Wir wollen für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land funktionieren. Fakt ist aber, dass es überall bedenklich knirscht“, warnte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht auf dem Landesgewerkschaftstag der komba gewerkschaft am 22. November 2024 vor rund 100 Delegierten in Linstow.

„Die Aufgaben werden immer mehr, die Kolleginnen und Kollegen machen Überstunden ohne Ende und sind überlastet.“ Wenn jemand wegen Krankheit oder Burn-out ausfalle, könnten die Kolleginnen und Kollegen die zusätzlichen Aufgaben nicht mehr auffangen.

Erschwerend komme hinzu, dass, wie das Institut der deutschen Wirtschaft vor wenigen Tagen feststellte, 40 (!) Prozent aller Beschäftigten nicht vorhaben, bis zum gesetzlichen Renten- oder Pensionsalter zu arbeiten. Mecklenburg-Vorpommern ist davon besonders betroffen, da hier der Anteil der über 60-Jährigen im Bundesvergleich mit am höchsten ist.

„Die in der Haushaltsklausur avisierten Einsparungen werden sehr wohl bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen, wenn gleichzeitig beim



> Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht bei seiner Rede vor den Delegierten des komba Gewerkschaftstages

Personal eingespart werden soll! Während die Bahn und auch andere Verkehrsunternehmen bereits angekündigt haben, dass wir uns daran gewöhnen müssen, dass Züge und Busse wegen Personalmangels einfach stehen blei-

ben, rate ich der Politik, sich langsam ehrlich zu machen und dringend zu definieren, welche Aufgaben bei uns im öffentlichen Dienst in ein paar Jahren wegfallen sollen. Denn unzufriedene Bürgerinnen und Bürger werden die Politik fra-

gen, warum beispielsweise die innere Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist, warum Anträge nicht mehr bearbeitet werden und so weiter und so weiter – fatale Wahlentscheidungen wären die Folge“, warnt Knecht.

Mit Interesse verfolgt der dbb die aktuelle Reforminitiative für einen handlungsfähigen Staat unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Die Initiative geht auf den ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle und die ehemaligen Bundesminister Peer Steinbrück und Thomas de Maizière zurück. Ziel sei es, der zunehmenden Staatsverdrossenheit entgegenzuwirken.

Knecht: „Die Politik muss mit vernünftigen Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst auch in Zukunft für Stabilität und ein funktionierendes Gemeinwesen steht. Wir wollen für die Bürgerinnen und Bürger da sein. Das ist elementar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie“, unterstrich der dbb Landesvorsitzende abschließend. ■

dbb Senioren

Hauptversammlung der Landesseniorenvertretung tagte

Am 13. November fand in der Bürgerbegegnungsstätte in Schwaan bei Rostock das inzwischen traditionelle Treffen der Seniorenvertreterinnen und -vertreter der Mitgliedsgewerkschaften des dbb m-v statt.



© dbb m-v

der Landesseniorenvertretung im zurückliegenden Jahr informierte Klaus Junker über seine Teilnahme am Bundesseniorenkongress am 1. und 2. Oktober in Berlin und an der 8. Seniorenpolitischen Fachtagung unter dem Motto „Nie zu alt für Neues – Lernen ohne Limit“, bei der es unter anderem um lebenslanges Lernen, Senioren und Digitalisierung und um die Weitergabe der Erfahrungsschätze der Älteren an die kommenden Generationen ging.

Im Anschluss informierte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht über aktuelle Probleme und Aufgaben der gegenwärtigen Seniorenpolitik im öffentlichen Dienst und beantwortete Fragen der Anwesenden zu diesem Themenkomplex.

Thomas Krupp berichtete anschließend über die Arbeit der dbb bundesseniorenvertretung und Helmut Halwachs informierte über seine Teilnahme an der dbb Landeshauptvorstandssitzung am 30. Oktober in Drewitz.

> Gerd Dümmel bei seinem Lagebericht über die Tätigkeit der Landesseniorenvertretung

Gerd Dümmel, Vorsitzender der Landesseniorenvertretung, eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie als Gäste den Ehrenvor-

sitzenden des dbb m-v, Hermann Warner, den Landesvorsitzenden Dietmar Knecht, die stellvertretenden Landesvorsitzenden Frank Höhne und Thomas Krupp, der auch

stellvertretender Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung ist.

Nach dem Bericht von Gerd Dümmel über die Aktivitäten

Vorstand der vbba Landesgruppe Nord tagte in Schwerin

Am 15. November traf sich der Landesvorstand der Regionalgruppe Nord der Gewerkschaft Arbeit und Soziales (vbba) in der Schweriner dbb Landesgeschäftsstelle zu seiner turnusmäßigen Sitzung. Der dbb Landesvorsitzende begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr herzlich und betonte, dass der dbb m-v seine Räumlich-

keiten – insbesondere den technisch sehr gut ausgestatteten Besprechungsraum für bis zu 30 Personen – allen Mitgliedsgewerkschaften sehr gern und kostenlos für ihre Gremiensitzungen und andere Veranstaltungen zur Verfügung stellt. Bei Bedarf können sie sich gern per E-Mail oder telefonisch in der Geschäftsstelle melden.



© dbb m-v

8. Landesgewerkschaftstag der komba m-v

Karoline Herrmann übernimmt Landesvorsitz

Unter dem Motto „Frieden und Gerechtigkeit“ fand am 22. und 23. November in Linstow der 8. Ordentliche Landesgewerkschaftstag der komba gewerkschaft mecklenburg-vorpommern statt. Im Beisein des komba Bundesvorsitzenden Andreas Hemsing wurde die Landesleitung turnusgemäß neu gewählt.

Entwicklungen unmittelbar im Originalton zu Gehör zu bekommen (siehe auch Artikel auf Seite 5).

Verdiente Funktionsträger geehrt

Im Rahmen des Gewerkschaftstages wurde Michael Kaulen, dem Bundestarifkoordinator der komba, die goldene Ehrenmedaille der komba m-v verliehen. In der Laudatio wurden seine herausragenden Verdienste in Bezug auf die zahlreichen Tarifabschlüsse im Rettungsdienstbereich des Landes gewürdigt, die nicht zuletzt auch zu einem deutlichen Mitgliederzuwachs geführt haben.

Aus der ehemaligen Landesleitung sind Ilka Heise, Helga Lawrenz, Thomas Krupp, Dieter Schmidt und Ulf Schiller nicht zur Wiederwahl angetreten. Für ihr langjähriges gewerkschaftliches Engagement wurden sie unter großem Beifall zu Ehrenmitgliedern der komba m-v ernannt.

Freude und Respekt über neue Aufgaben

Die neue komba Landesvorsitzende Karoline Herrmann verfügt als ehemalige Bundesvorsitzende der dbb jugend sowie als stellvertretende Landesvorsitzende des dbb-mv über gehörige Verbandserfahrung. Den neuen Aufgaben sieht sie mit „Freude und Respekt“ entgegen. Sie dankte der ehemaligen Landesleitung, der Geschäftsstelle, der komba und der dbb Familie, der Tagungsleitung, allen Helferinnen und Helfern sowie den diesjährigen Partnern des Gewerkschaftstages.



> Die neue komba Landesleitung: Marcus Gerlach, Djamila Ilanz, Anka Schmidt, Karoline Herrmann, Heiko Seddig, André Kaelcke, komba Bundesvorsitzender Andreas Hemsing, der ehemalige Landesvorsitzende Thomas Krupp und Frank Holtgräfe (von links). Im Bild fehlt Mathias Jakisch.

Als Landesvorsitzende löst Karoline Herrmann Thomas Krupp ab, der nicht zur Wiederwahl antrat. Aus der bisherigen Landesleitung wurden Marcus Gerlach, Anka Schmidt und Heiko Seddig als stellvertretende Landesvorsitzende in ihrem Amt bestätigt. Neu in der Landesleitung und stellvertretende Landesvorsitzende sind Djamila Ilanz, André Kaelcke, Frank Holtgräfe und Mathias Jakisch.

Der öffentliche Dienst macht keine Bürokratie

Andreas Hemsing lobte in seinem Grußwort den Einsatz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Zugleich fand er in Richtung der Tagespolitik – auch unter Hinweis auf die Diskussion zur Umsetzung der Grundsteuerreform – deutliche Worte: „Der Kollege macht kei-

ne Bürokratie – er setzt nur Gesetze um!“ Gewalt gegen Rettungskräfte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wies er entschieden zurück. „Dies ist ein Angriff auf die freiheitlich demokratische Grundordnung“, so Hemsing. Zugleich machte er deutlich, dass Besoldung, Versorgung und Beihilfe auch für die Zukunft einen zusammengehörigen Dreiklang bilden müssen. „Diesen Dreiklang gilt es zu schützen und nicht auszuhöhlen!“, betonte der komba Bundesvorsitzende.

Gesprächsangebot über Rettungsdienst

In einem weiteren Grußwort ging die Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport, Sylvia Grimm, sehr kenntnisreich auf die inhaltlichen Interessen der

komba m-v ein, unter anderem auch auf die fortschreitende Digitalisierung und Angebote wie den Telenotarzt. „Die bisherigen Erfahrungen im Rettungsdienst zeigen, dass wir mit digitaler Unterstützung und dem Einsatz von Telemedizin sehr viel effizienter und ressourcenschonender agieren können“, machte die Staatssekretärin deutlich. Ihr Gesprächsangebot über Besonderheiten, die die Kolleginnen und Kollegen im Rettungsdienst betreffen, nimmt die komba dankend an.

Ein gern gesehener Gast des Gewerkschaftstages war Dietmar Knecht, Landesvorsitzender des dbb m-v. Es war für die Anwesenden wie immer etwas Besonderes, aus berufenem Mund die aktuellen gewerkschaftsrelevanten



> Amtschef des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, Sebastian Hecht, und Nannette Seidler

> Ministerpräsident Michael Kretschmer und Nannette Seidler

> Michael Welsch, Landesbeauftragter für Inklusion der Menschen mit Behinderungen und ehemaliges Vorstandsmitglied des SBB, und Nannette Seidler

33 Jahre SBB

Gemeinsam mehr erreichen. Unser Motto spiegelt unsere starke Gemeinschaft wider. Seit über drei Jahrzehnten steht der SBB für die Interessen der Beamtinnen und Beamten, der Tarifbeschäftigten und der gesamten öffentlichen Verwaltung in Sachsen ein.

8

Sachsen

Was 1991 begann, ist heute eine Erfolgsgeschichte gelebter Solidarität und Mitbestimmung. Gegründet in einer Zeit großer gesellschaftlicher Umbrüche, hat sich der SBB zu einer Stimme für den öffentlichen Dienst entwickelt.

Wir haben gemeinsam Herausforderungen gemeistert und uns für faire Arbeitsbedingungen eingesetzt. Gemeinsam für einen starken öffentlichen Dienst in Sachsen. Unser Engagement beruht auf einer klaren

Vorstellung: Wir gestalten den öffentlichen Dienst mit – solidarisch, nachhaltig und zukunftsorientiert. Mit unserer Arbeit sorgen wir dafür, dass die Belange unserer Mitglieder Gehör finden und die Wertschätzung für den öffentlichen Dienst wächst!

Vielen Dank für die Unterstützung und das Vertrauen!

▣ Unsere Geschichte

Kurz nach der „Wende“ 1989 und noch vor der deutschen

Wiedervereinigung im Oktober 1990 hatten sich in Berlin engagierte Kolleginnen und Kollegen zusammengefunden, die in der neu zu gestaltenden DDR die Chance für eine Mitgestaltung eines neuen Verwaltungsaufbaus sahen. Im Februar 1990 wurde der Interessenverband Beamtenbund der DDR (IBB) gegründet.

Seit dem ersten Tag, unterstützend und begleitend, dabei waren Vertreter des dbb beamtenbund und tarifunion. Dem IBB folgte der Gewerkschaftsverband Beamtenbund (GVB), der, im Juni 1990 konstituiert, den Weg konsequent in Richtung Mitgliedschaft im dbb beschritt. Ende September 1990 wurde der GVB als Dachorganisation für alle neuen Bundesländer Mitglied des dbb.

Am 6. April 1991 hat sich in Dresden der heutige SBB als Landesbund des dbb neu

gegründet. Rund 150 Delegierte aus damals 26 Mitgliedsgewerkschaften hoben an diesem Tag den sächsischen Landesbund des dbb aus der Taufe (mehr Informationen zur Geschichte des SBB unter www.sbb.de/wir/chronik/).

▣ Unsere Feier

Am 18. November war es so weit. Wir haben unser Jubiläum am Vorabend unserer Vorstandssitzung gefeiert.

Geladen waren neben den Vorsitzenden unserer Fachgewerkschaften auch alle Kolleginnen und Kollegen, die sich bei uns ehrenamtlich in verschiedenen Gremien engagieren. Wegbegleiter aus Politik und Verwaltung waren ebenfalls willkommen.

Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB, eröffnete die Festveranstaltung. Es folgten Grußworte von



> „The Beepees“ in Aktion



> Matthias Schuster, Leiter der Geschäftsstelle Strategiekommision, Sächsische Staatskanzlei; Tobias Frick, Referatsleiter strategisches Organisations- und Personalmanagement, Sächsische Staatskanzlei; Nannette Seidler und Prof. Thomas Popp, Staatssekretär für Digitale Verwaltung und Verwaltungsmodernisierung, Sächsische Staatskanzlei (von links)



> Verabschiedung von Norbert Bullmann, ehemaliger stellv. Landesvorsitzender des SBB, und Nannette Seidler



> Landtagspräsident Alexander Dierks gratulierte im Namen des Parlaments zum Jubiläum; Nannette Seidler und Festredner Dr. Matthias Röbller, ehemaliger Präsident des Sächsischen Landtages (2009 bis 2024) (von links)



> Helene Wildfeuer bei ihrer Rede

Michael Kretschmer, Ministerpräsident von Sachsen, und Maik Wagner, stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion.

Eine besondere Freude machten uns die Festredner an diesem Tag: Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb frauen (a. D.) und Teilnehmerin am Gründungsgewerkschaftstag,

sowie Dr. Matthias Röbller, Landtagspräsident (a. D.), Präsident des Kuratoriums des „Tag der Sachsen“. Ihr Rückblick auf die gemeinsamen 33 Jahre war ein Erlebnis.

Die Band „The Beefeers“ spielte uns an diesem Abend so manchen Klassiker der letzten 30 Jahre.

#SBB Familie

Öffentlichkeitsarbeit im SBB – wo geht die Reise hin?

Das ist sie also, die letzte Ausgabe unseres Regionalmagazins. Viele Jahre lang hat es uns begleitet. Hier haben wir angekündigt, berichtet und zurückgeschaut. Ja, vor allem zurückgeschaut – auf Veranstaltungen, Aktionen und gesetzliche Neuregelungen unseres SBB und seiner Fachgewerkschaften. Da lag es in der Natur der Sache, dass die Informationen immer ein bisschen später bei unseren Mitgliedern ankamen. Und sie kamen nicht mal bei allen an, denn nicht alle unserer Fachgewerkschaften verteilten das „regmag“ in ihren Reihen.

Zukünftig werden wir andere Wege gehen, um euch, um all unsere Mitglieder zu informieren. Und wir wollen dabei deutlich schneller, konkreter und adressatengerechter werden.

Wie kann das gehen? Neben den gewohnten Veröffentlichungen auf unserer Website und in unseren sozialen Medien wird das Format

„SBB News“ ab Januar 2025 immer dann erscheinen, wenn wir über ein spezielles Thema informieren, zu einem aktuellen Gegenstand berichten oder auch einmal Fakten checken. Verteilen werden wir die „SBB News“ digital, immer aber in einem Format, welches auch ausgedruckt und am „schwarzen Brett“ ausgehangen werden kann. Wir als SBB werden jede SBB News an unsere Mit-



gliedsgewerkschaften geben und dies jeweils auch bekannt geben.

Wichtig dabei ist, dass es News geben wird, die allgemein informieren – also Aushang und Weitergabe unbedingt erwünscht. Es wird jedoch auch solche geben, die sich nur an unsere (Beitrag zahlenden) Mitglieder richten – als spezielles Angebot und/oder für einen Wissensvorsprung. Es wäre schön, wenn das auch klappt. Ihr könnt uns also dabei helfen,

als #SBBFamilie noch aktueller und besser zu werden. Denn auch hier gilt: Gemeinsam können wir einfach mehr erreichen.

Jetzt heißt es „Tschüss“ zu sagen, zu unserem Regionalmagazin. Wir hatten unstrittig gute Zeiten miteinander. Jetzt gehen wir neue Wege, stellen uns zukunfts fest auf ... und freuen uns drauf.

Nannette Seidler,
Landesvorsitzende

Nachwuchsgewinnung vor Ort

Zum Tag der offenen Tür der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum war der SBB am 26. Oktober mit Karen Siwonia, stellvertretende Landesvorsitzende des SBB, und Alaa Yahya (BTB) vor Ort. Während verschiedene Verwaltungen ihre Studienmöglichkeiten und die Bewerbungsverfahren vorstellten, beantworteten die beiden vor allem Fragen zum Beamtenverhältnis und zu beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten über alle Bereiche hinweg. Auch viele Auskünfte zur Absicherung im Krankheitsfall wurden erteilt.

Die erste Frage lautete jedoch in den meisten Fällen: Wer seid

ihr und was macht ihr? Das bot Karen und Alaa die Chance, unseren gewerkschaftlichen Dachverband mit seinen Fachgewerkschaften und seinen vielfältigen Aufgaben für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen vorzustellen und das Interesse an einer Mitgliedschaft in einer unserer Fachgewerkschaften zu wecken.

Die Fachhochschule Meißen bildet in folgenden Bereichen aus: Rechtspflege, Digitale Verwaltung, Sozialverwaltung und Sozialversicherung, Steuer- und Staatsfinanzverwaltung und Allgemeine Verwaltung.



> Karen Siwonia und Alaa Yahya am Stand des SBB zum Tag der offenen Tür an der Hochschule Meißen

© SBB

© SBB@Sei/fiber



Sei dabei und werde Teil unseres Gewerkschaftswaldes!

Wir wollen wieder pflanzen

Bereits im November 2022 haben wir erfolgreich ein kleines Stück Wald mit einer Fläche von etwa 0,6 Hektar aufgeforstet. Rund 1 800 Bäumchen wurden damals in die Erde gebracht. Die Mitglieder unserer SBB-Mitgliedsgewerkschaften haben bei diesem Projekt neben Muskelkraft auch in den Kauf der Bäume investiert.

Das möchten wir im Frühjahr 2025 wiederholen.

Um Bäume zu pflanzen, bedarf es einer Spende. Unser Kooperationspartner ist die Stiftung Wald für Sachsen.

Die Stiftung Wald für Sachsen sorgt seit 25 Jahren für die Mehrung und den Schutz naturnaher und leistungsfähiger Wälder. Die so entstehenden vielfältigen, lebenswerten Landschaften in Sachsen sind ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz

durch CO₂-Minderung. Schon mit einer kleinen Spende ist dem Wald in Sachsen geholfen – und der Klimaschutz kommt voran.

Die Spenden fließen zu 100 Prozent in den Waldvermehrungsfonds der Stiftung Wald für Sachsen. Gutes Geld für unsere Wälder, die neben den Ozeanen den bedeutendsten Einfluss auf das globale Klima haben.

Schon ein kleiner Einsatz hat eine verblüffend große Wirkung: Mit einer Spende von fünf Euro bewirken Sie, dass wir einen Baum kaufen, anpflanzen und fünf Jahre lang pflegen können. 20 Bäume für 100 Euro sind schon eine grüne Lunge. Und für 200 Euro können 40 neue Bäume in Sachsen wachsen.

Weitere Informationen unter www.sbb.de

Hauptversammlung der SBB Senioren

Zu ihrer jährlichen Hauptversammlung sind am 14. November 2024 die gewählten und benannten Seniorenvertreter der SBB-Gewerkschaften im Café Rosengarten in Dresden zusammengetreten. Teilgenommen haben auch das Ehrenmitglied der SBB Senioren, Dr. Hans-Peter Klotzsche, und Ingrid Schwaar für den SLV.



> Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der SBB Senioren Hauptversammlung im November 2024

In einem Grußwort der Landesleitung betonte Klaus-Peter Schölzke, wie wichtig die Unterstützung durch die Seniorinnen und Senioren bei Maßnahmen im Zusammenhang mit Tarifverhandlungen ist, zumal die Ergebnisse auch auf die Rente übertragen werden. Auch Senioren und Pensionäre sollten deshalb in Gewerkschaften organisiert bleiben.

Der anschließende Vortrag von Anne Kremer, Doktorandin am ifo Institut Dresden, war dem Thema „Regionale Identität – relevant für die Wirtschaft“ gewidmet. Anne Kremer definierte Begriffe wie Heimat sowie regionale und lokale Identität und verglich die Identifizierung der Menschen mit ihrer Region in den unterschiedlichen Bundesländern. Das Ergebnis lautete, dass Interaktion zwischen unterschiedlichen Menschen die ökonomische Leistung verbessert.

Außerdem stellte die Referentin die im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung (Stiftung der FDP) erstellten Gutachten und Beiträge des ifo Instituts zur Rentenpolitik vor, mit den Schwerpunkten Rente mit 63, Mütterrente, Aussetzung des Nachholfaktors, Reha-Budget, Grundrente und doppelte Haltelinie. In den nächsten Monaten wird ein weiteres Gutachten folgen.

Die SBB-Senioren danken an dieser Stelle für die jahrelange Unterstützung durch das ifo Institut Dresden.

Auch der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Dr. Horst Günther Klitzing, ließ keinen Zweifel an der hohen Bedeutung von Heimat und Geborgenheit speziell für Senioren. Menschliche Heimat böten auch der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften, ins-

besondere mit der Seniorenarbeit vor Ort. Zudem herrsche beim dbb und seinen Gewerkschaften Klarheit darüber, dass Senioren mit ihrer Lebenserfahrung ein wichtiger Bestandteil für die Demokratiegestaltung sind.

In Sachen Deutschlandticket berichtete Klitzing, dass Protestschreiben an den Vorstand der Deutschen Bahn und an das Bundesverkehrsministerium wegen der ausschließlich digitalen Form des Tickets, die Senioren und Menschen mit Behinderung zum Teil ausgrenzt, bislang nicht den gewünschten Erfolg gezeigt haben. Hinsichtlich des Rentenpaketes II bleibe die politische Entwicklung in Deutschland abzuwarten.

Im anschließenden Rechenschaftsbericht der SBB Senioren wurde die Zusammenarbeit mit der Landesseniorenvertre-

tung für Sachsen e. V. besonders hervorgehoben. Die Organisation wird vom Sächsischen Familienministerium gefördert und ist landesweit in die politische Willensbildung eingebunden. Über ihre Aktivitäten haben die SBB Senioren auch in der Zeitschrift AiR berichtet.

Bei der anschließenden Aussprache ging es schwerpunktmäßig um die Themen Pflege und Digitalisierung: Was macht der Senior, wenn die Sparkassenfiliale geschlossen wird? Ängste vor Onlinebanking und Digitalisierung gilt es abzubauen. Die Seniorenuniversität der TU Dresden und andere Angebote sind hier hilfreich. Außerdem wurde eine gegenseitige Teilnahme an Gewerkschaftsveranstaltungen im Sinne von mehr Interaktivität vereinbart.

*Rita Müller,
Vorsitzende SBB Senioren*

DVG-Gewerkschaftstag

Ulrich Stock als DVG-Chef bestätigt

Ulrich Stock bleibt Chef der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) Sachsen-Anhalt. Die Delegierten des 9. Gewerkschaftstages der DVG Sachsen-Anhalt vom 28. bis 30. Oktober 2024 in Wernigerode haben den 57-Jährigen mit überwältigender Mehrheit für weitere sechs Jahre an die Spitze gewählt.

Nach seiner Wahl sagte Stock: „Ich freue mich gemeinsam mit dem Landesvorstand, dem Landeshauptvorstand und den Bezirken – als Herz der DVG Sachsen-Anhalt – weiter kraftvoll für die Interessen unserer Mitglieder eintreten zu können. Wir werden weiterhin konstruktiv im politischen Raum für die berechtigten Anliegen unserer Mitglieder eintreten. Wer die Zweistufigkeit der Landesverwaltung infrage stellt, wird auf unseren entschiedenen Widerstand treffen.“

Neben dem Landesvorsitzenden wurden Thomas Löwe als 1. stellvertretender Landesvorsitzender, Dr. Albert Engel als stellvertretender Landesvorsitzender sowie Daniel Zachow ebenfalls als stellvertretender Vorsitzender gewählt. Komplettiert wird der Landesvorstand durch die Bezirksvorsitzenden Karl-Heinz Bock (Dessau), Petra Waitz (Halle) und Doreen Hildebrandt (Magdeburg).

■ Leitlinien beschlossen

Weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war eine Satzungsänderung, durch die



> Der neue Landesvorstand: Albert Engel, Thomas Löwe, Doreen Hildebrandt, Ulrich Stock, Daniel Zachow, Petra Waitz sowie Karl-Heinz Bock (von links)

unter anderem die Wahlperiode auf sechs Jahre verlängert wird und rechtliche Vorgaben Berücksichtigung finden.

Mit Grundsatzbeschlüssen zum Dienstrecht, Versorgungsrecht und zu Tarifangelegenheiten haben die Delegierten außerdem die Leitlinien der Gewerkschaftsarbeit für die nächsten sechs Jahre festgelegt. So fordern sie unter ande-

rem, dass die Landesregierung für eine gute personelle und infrastrukturelle Ausstattung des Landesdienstes sorgt.

Über die notwendigen materiellen Zuwendungen hinaus erwartet die DVG Sachsen-Anhalt vom Gesetzgeber und vom Dienstherrn ein uneingeschränktes Bekenntnis – in Wort und Tat – zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen,

zu Funktion, Wesen und strukturellen Besonderheiten des deutschen Berufsbeamten-tums sowie ein deutliches Engagement für die Beamtinnen und Beamten.

Weiteren Handlungsbedarf sahen die Delegierten beim Beamtenversorgungsrecht. Für Beamtinnen und Beamte stelle das eigenständige, sichere und leistungsfähige Alters-



sicherungssystem der Beamtensicherung einen herausragenden und wichtigen Bestandteil ihrer Beschäftigungsbedingungen dar, auf dessen Bestand und Sicherung Verlass sein müsse. Die Versorgung spiegelt die Wertschätzung für die Leistung langjähriger Dienste wider. Eine stabile Ausgestaltung der Alterssicherungssysteme erfordere jedoch stetige Anstrengungen, um zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Die DVG Sachsen-Anhalt fordert, dass das rechtlich und strukturell eigenständige Alterssicherungssystem der Beamtinnen und Beamten im Bestand zu sichern sowie systemkonform und bundeseinheitlich weiterzuentwickeln ist. Ständig wiederkehrende Überlegungen und Forderungen, die unterschiedlichen Altersversorgungssysteme in Deutschland zu einer Einheitsversicherung umzugestalten, zielten darauf ab, die eigenständige Beamtensicherung zu beseitigen und sind abzulehnen. Denn solche Überlegungen und Begehrlichkeiten führten weder zu einem sinnvollen Fortschritt noch zu einem gesamtwirtschaftlichen finanziellen Vorteil.

Schließlich erwartet die DVG Sachsen-Anhalt von der Landesregierung deutliche und nachhaltige Aktivitäten zur Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte, zum Beispiel attraktive und konkurrenzfähige Einkommens- und Arbeitsbedingungen, die Weiterentwicklung des mobilen Arbeitens und verlässliche Regelungen zum Homeoffice.

Podiumsdiskussion zu innovativen Lösungen

Am Vormittag des zweiten Tages des Gewerkschaftstages fand im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Podiumsdiskussion statt unter dem Motto „Reicht der Obstkorb ...? – Mitarbeitergewinnung und



> Kerstin Krischok (Romonta GmbH), Oliver Lindner (Lindner Consult GmbH), Iris Herfurth (dbb sachsen-anhalt), Tobias Kaschka (Oberbürgermeister der Stadt Wernigerode) sowie Martin Krischok (Stadt Halle) (von links) erörtern in einer Podiumsdiskussion attraktive und konkurrenzfähige Einkommens- und Arbeitsbedingungen.

-bindung im öffentlichen Dienst in Zeiten des Fachkräftemangels“.

Als Diskussionsteilnehmer konnten der Oberbürgermeister der Stadt Wernigerode, Tobias Kascha, der Abteilungsleiter IT und Digitalisierung der Stadt Halle, Martin Krischok, die Personalverantwortliche der Romonta GmbH, Kerstin Krischok, sowie die 1. stellvertretende Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt und Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Sachsen-Anhalt, Iris Herfurth, gewonnen werden.

Gemeinsam wurden innovative Lösungen diskutiert, die



> Innenministerin Tamara Zieschang mit dem wiedergewählten DVG-Landesvorsitzenden Ulrich Stock

im öffentlichen Dienst – trotz begrenzter Spielräume – attraktive und konkurrenzfähige Einkommens- und Arbeitsbedingungen schaffen sollen.

Grußworte politischer Gäste

Als weitere Gäste konnten am Nachmittag Innenministerin Dr. Tamara Zieschang sowie der DVG-Bundesvorsitzende Joachim Johannes begrüßt werden.

In seinem Grußwort ging Oberbürgermeister Kascha auf die aktuellen Herausforderungen bei der Personalgewinnung und -bindung in Wernigerode ein. Aus seiner Sicht ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Dienstherrn und Personalräten entscheidend, um gute Ergebnisse für die Beschäftigten zu erzielen.

Im Zusammenhang mit dem von der Landesregierung beschlossenen Einstellungsstopp für die Jahre 2025 und 2026 würdigte Innenministerin Zieschang die Ausnahmeregelungen für Lehrer, Polizisten und den eigenen Nachwuchs. Der DVG Sachsen-Anhalt bot sie eine Fortführung der bisherigen guten Zusammenarbeit sowie des intensiven Informationsaustausches an.

Der DVG-Bundesvorsitzende Johannes betonte in seinen Ausführungen die deutlich gestiegenen Anforderungen an die gewerkschaftliche Arbeit. Die großen Unterschiede in der Beamtenbesoldung beim Bund und in den 16 Bundesländern seien sachlich nicht zu begründen. Allein vom Dienstherrn sei abhängig, wie hoch die Besoldung ausfällt: „Wir können es nicht weiter hinnehmen, dass der Bund und die Länder die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur alimentationsgerechten Besoldung bis heute nicht oder nicht vollständig umgesetzt haben“, kritisierte Johannes. Hier müsse es schnell Fortschritte geben.

Die 1. stellvertretende dbb Landesvorsitzende unterstrich in ihrem Redebeitrag die schwierige Personalsituation in der Landesverwaltung Sachsen-Anhalt. Die ab 1. Januar 2025 wirksame Einstellungssperre sei ein falsches Signal. „Unsere Probleme werden sich hierdurch weiter vergrößern und nicht gelöst“, betonte Herfurth.

Abschließend kündigte der wiedergewählte DVG-Chef an: „Die Politik wird von uns hören und wir werden die berechtigten Anliegen unserer Mitglieder mit Konsequenz weiterverfolgen.“

DPolG-Landeskongress in Magdeburg

Fast eine Woche nach der DVG Sachsen-Anhalt führte die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) Sachsen-Anhalt am 7. und 8. November 2024 ihren 9. Landeskongress in Magdeburg durch. Olaf Sendel wurde erneut zum Landesvorsitzenden gewählt.

Der 55-jährige Polizeibeamte aus der Lutherstadt Eisleben sagte nach seiner Wiederwahl: „Ich freue mich über das mir entgegengebrachte Vertrauen. Auch in den nächsten Jahren werde ich mich vehement für die Belange der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Sachsen-Anhalt einsetzen. Die Herausforderungen – gerade in der aktuell angespannten Lage im sensiblen Bereich der inneren Sicherheit – werden immer größer. Hier ist eine engagierte Gewerkschaftsarbeit von großer Bedeutung.“

vertreter: Anja Ackermann, René Dunkelmann sowie Gabriele Knöppler-Ballin.

➤ **Bessere Ausstattung gefordert**

Neben den Wahlen diskutierte und beschloss der Landeskongress 23 Anträge und legte damit die gewerkschaftspolitische Ausrichtung der DPolG in den nächsten fünf Jahren fest. Die 109 Delegierten erörterten aktuelle Herausforderungen und zukünftige Strategien.



> Die Arbeitsbedingungen und die Ausstattung der Polizisten müssen verbessert werden, sagt Innenministerin Zieschang in ihrem Grußwort an die Delegierten.

Auf der Agenda der DPolG Sachsen-Anhalt stehen unter anderem eine amtsangemessene Alimentation aller Beamtinnen und Beamten, Verbesserung der technischen und fahrzeugtechnischen Ausstattung der Landespolizei sowie eine klare Stellenzuweisung und nachvollziehbare Dienstposten.

Ergänzt wird der neue Landesvorstand durch den ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden Norman Kubbe sowie durch drei weitere Stell-

Für die Sicherheit der Polizeivollzugsbeamten in Sachsen-Anhalt forderten die Delegierten unter anderem eine Ausstattung mit Tasern. Nach zahlreichen Messerattacken in jüngster Zeit habe der Bund endlich beschlossen, die Bundespolizei flächendeckend mit Tasern auszustatten. Nun müsse die Landesregierung in Sachsen-Anhalt schnellstmöglich nachziehen. Der Vorfall in Wolmirstedt habe gezeigt, dass Gewalt an Polizisten auch in Sachsen-Anhalt ein ernstes Problem ist. Im Juni 2024 war es dort zu



> Der wiedergewählte Landesvorsitzende Olaf Sendel mit Innenministerin Tamara Zieschang und Norman Kubbe, stellvertretender Landesvorsitzender der DPolG (von links)

einem tragischen Messerangriff auf mehrere Menschen und Polizisten bei einer EM-Party gekommen. Der Angreifer wurde schließlich von der Polizei erschossen. Das Beispiel verdeutliche insofern, dass ein Taser ein milderes Distanzeinsatzmittel als die Schusswaffe ist. Ein Taser schließe die Lücke bei den polizeilichen Hilfsmitteln gegen körperliche Gewalt und sollte jedem Polizeibeamteten im Außendienst zur Verfügung stehen.

➤ **Nachwuchsgewinnung hat höchste Priorität**

Die Nachwuchsgewinnung für den Polizeiberuf in Sachsen-Anhalt gestaltet sich immer schwieriger. Um diesem Trend entgegenzuwirken, forderten die Delegierten des Landeskongresses die Wiedereinführung und Aufstockung der Jahres-

sonderzahlung für Polizeibeamte. Diese Sonderzahlung könne als Anreiz dienen, mehr junge Menschen für den Polizeiberuf zu gewinnen und die Attraktivität zu steigern. Die Delegierten waren sich einig, dass die Zeiten, in denen Sicherheit nichts oder nicht MEHR kosten darf, vorbei sein müssen.

➤ **Innenministerin Zieschang plädiert für bessere Arbeitsbedingungen**

Zur öffentlichen Veranstaltung am 8. November 2024 konnte der neu gewählte Landesvorsitzende Sendel Innenministerin Tamara Zieschang begrüßen. Sie betonte in ihrem Grußwort die Bedeutung der Polizei für die Sicherheit und Ordnung im Land und sprach über die Herausforderungen, denen die Polizeikräfte tagtäglich gegenüberstehen. Sie hob die Notwendigkeit hervor, die Arbeitsbedingungen der Polizistinnen und Polizisten zu verbessern und betonte die Wichtigkeit der Nachwuchsgewinnung.



> Norman Kubbe, stellvertretender Landesvorsitzender, gratuliert dem wiedergewählten Landesvorsitzenden Olaf Sendel.

Die Teilnahme von Ministerin Zieschang an dem DPolG-Landeskongress verdeutlichte nicht zuletzt die enge Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und DPolG bei den Bemühungen, die Arbeitsbedingungen der Polizeibeamteten zu verbessern. ■

75 Jahre BDF in Deutschland

Sachsen-Anhalt seit 1990 aktiv dabei

Der Bund Deutscher Forstleute (BDF), die Interessenvertretung von bundesweit rund 10 000 Forstleuten, blickt in diesem Jahr auf 75 Jahre erfolgreiche Verbandspolitik zurück. Der Bund gliedert sich in 13 Landesverbände, darunter auch der 1990 gegründete Landesverband Sachsen-Anhalt.

Die Forstverwaltung in Sachsen-Anhalt hat seit dieser Zeit infolge von Strukturreformen bedeutende Veränderungen erfahren:

Schon der 1990 gegründete BDF-Landesverband hat mit seinen Ortsverbänden zusammen mit Personalräten und anderen Gewerkschaften dafür gesorgt, dass bei der Bildung der Staatlichen Forstämter als Einheitsforstverwaltung zum 1. Januar 1992 und bei der Abwicklung der Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe soziale Härten vermieden wurden. Viele Bereiche wurden damals ausgelagert, einige machten sich selbstständig oder gingen bis zur nahen Rente der Be-

schäftigten in Auffanggesellschaften über. Der Weg vom BDF zur Basis und zur Landesleitung war kurz, konstruktiv und effektiv. Wir hatten sehr viele Mitglieder, da nur Einigkeit und eine starke Fachgewerkschaft in dieser sehr bewegten Zeit jedem Halt und Sicherheit im Forst gab.

Nach vierjährigem Aufbau verwaltungssicherer Strukturen wurde 1996 mit dem Abbau vieler Forstämter begonnen. Auch hier war der BDF zur Verhinderung sozialer Härten aktiv. Die BDF-Ortsverbände behielten dabei ihre Strukturen und so mancher „Umzügler“ suchte sich einen neuen Ortsverband.



Die nächsten Veränderungen traten 2002 und 2006 ein. Letztere führte zur Auflösung der Einheitsforstverwaltung und der Bildung von zwei Betrieben, nämlich dem Landesforstbetrieb mit fünf Betriebsteilen und dem Landeszentrum Wald Sachsen-Anhalt mit seinen zehn Betreuungsförstämtern, die seit 2016 wieder behördlich im Waldschutz zuständig sind. Dazu gehören Jugendwaldheime, Haus des Waldes und das Forstliche Bildungszentrum. Viele Kolleginnen und Kollegen wurden dabei erneut umgesetzt, auch in andere Verwaltungen, und der Weg zu den BDF-Ortsverbänden wurde immer länger. Von 1990 bis 2017 wurde Personal abgebaut, und zwar durch Nichtbesetzung freier werdender Stellen. Entlassungen waren die Ausnahme.

In den letzten Jahren ist dieser Negativtrend endlich durch-

brochen worden und es werden wieder junge Leute eingestellt, die sich auch im BDF engagieren. Der BDF hofft, dass sich diese Entwicklung fortsetzt und junge Forstleute das gute Erbe von Förstergenerationen weiterführen: „Gerade in einer Zeit, in der der Wald durch Dürren, Pilze, Insekten und Bakterien heimgesucht wird, bedarf es einer gut ausgebildeten und effektiv aufgestellten Forstverwaltung, um den Wald durch Pflege und Schutz erhalten zu können“, sagt Thomas Roßbach, amtierender Vorsitzender des BDF Sachsen-Anhalt. „Zukünftig muss ausreichend Personal zur Verfügung stehen, um alle vom Gesetzgeber übertragenen Aufgaben erfolgreich erfüllen zu können. Strukturreformen, die dies konterkarieren, werden von uns abgelehnt“, so Roßbach weiter. ■

Liebe Leserinnen und Leser,

nach drei Jahrzehnten ist dies nun die letzte Ausgabe des dbb regional magazins und wir möchten uns von allen Leserinnen und Lesern verabschieden. Wir blicken zurück auf eine Zeit voller wertvoller Informationen, hilfreicher Tipps und gemeinsamer Erlebnisse.

Wir möchten uns vor allem auch bei denen bedanken, die uns zuverlässig mit Material versorgt haben und bereit waren, ihre Erfahrungen und ihr Wissen zu teilen. Ihre Beiträge

haben maßgeblich dazu beigetragen, dass wir stets interessante und informative Inhalte bieten konnten.

Auch wenn wir uns nun verabschieden, wird der Austausch nicht enden. Die Digitalisierung schreitet voran und spielt eine immer größere Rolle in der Öffentlichkeitsarbeit. Wir werden weiterhin über digitale Kanäle mit Ihnen im Kontakt bleiben und Sie über aktuelle Entwicklungen und wichtige Themen informieren.

Wir hoffen, dass Sie das eine oder andere Heft noch einmal zur Hand nehmen und sich an die gemeinsamen Erlebnisse erinnern. Zum Abschied möchten wir Ihnen alles Gute wünschen. Bleiben Sie neugierig, offen für Neues und vor allem gesund.

Mit den besten Grüßen
Ihr Redaktionsteam



© milojie / stock.adobe.com

tbb Jahresrückblick

Tradition mit Zukunft

Mit der letzten gedruckten Ausgabe unseres dbb regional magazin verabschiedet sich der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen von der Printausgabe.

Eine Tradition weicht einem neuen Format. Der tbb und seine Mitgliedsgewerkschaften werden ein neues Format finden, um die Mitglieder weiterhin zu informieren.

Altbewährtes wird durch Neues ersetzt, um künftig noch schneller und gezielter aktuelle Informationen an unsere Mitglieder übermitteln zu können. Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit, soll Friedrich Schiller gesagt haben. Dem entsprechend haben wir uns gemeinsam für einen neuen Weg entschieden, aktuelle Informationen kostengünstiger für unsere Mitglieder und auch schneller weiterzugeben. Es muss unser Anspruch sein, zeitgemäß und in hoher Qualität für unsere Beschäftigten da zu sein. In einer Zeit, in der Aktual-

les bereits nach wenigen Tagen überholt scheint, wollen wir mit unserem Newsletter und unseren Pressemitteilungen schneller reagieren können. Unsere Mitgliedsgewerkschaften und unsere Frauen-, Senioren- und Jugendvertretung können gezielter ihre Anliegen, Informationen und Wichtiges über den tbb weiterleiten.

■ Kurzes Resümee über das Jahr 2024

Im Februar 2024 war der tbb Gastgeber für eine Klausurtagung der dbb Landesbünde in Erfurt, zu der der amtierende Ministerpräsident Bodo Ramelow als Gast und Referent begrüßt werden konnte.

Auch wurde der tbb landesweit zu zahlreichen Personalver-

sammlungen eingeladen und konnte sich vielen Beschäftigten präsentieren.

Der tbb hat sich auch in diesem Jahr weiterhin für eine gerechte amtsangemessene Besoldung eingesetzt, die Übertragung der Tarifergebnisse TV-L auf die Beamten erwirkt und am Personalentwicklungskonzept PEK 2035 mitgewirkt. In einem Fachvortrag wurden darüber hinaus „die Grenzen der Loyalität im öffentlichen Dienst“ ausgelotet. Der tbb informierte über die Bearbeitungszeiten der Beihilfestelle, setzte sich für die Stärkung des Ehrenamtes in der Thüringer Verfassung ein und erwirkte ein einheitliches digitales Zugangsrecht in den Ministerien, Landesbehörden, Gerichten in Thüringen und vieles andere mehr.

Weitere Flaggschiffe des tbb sind immer wieder seine zahlreichen fundierten Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen der Landesregierung. Stellvertretend sei hier nur die Stellungnahme zur Übernahme des Tarifergebnisses im Entwurf des Besoldungsgesetzes genannt. Darin wehrt sich der tbb vehement gegen eine Besoldung nach Familienstand anstatt nach Funktion und Leistung. (Ganz abgesehen davon, ist der Gesetzentwurf auch weit hinter dem Tarifergebnis zurückgeblieben, was die Problematik der amtsangemessenen Alimentation wieder neu entfacht.)

Ein Großereignis wirft 2025 seinen Schatten voraus, nämlich der Gewerkschaftstag des tbb.

Wir wünschen allen eine besinnliche Weihnachtszeit, etwas Ruhe und vor allem Gesundheit. ■

Statement des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen zum Koalitionsvertrag CDU/BSW/SPD Thüringen

Ein Potpourri der Perspektiven und Absichtserklärungen

Der Thüringer Beamtenbund (tbb) ist enttäuscht über die spärlichen Positionen zum öffentlichen Dienst im Koalitionsvertrag zwischen CDU, BSW und SPD in Thüringen. Als Dachverband der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sowie der privatisierten Dienstleistungsgewerkschaften hatte der tbb konkrete Erwartungen an den Koalitionsvertrag, insbesondere in Bezug auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Anerkennung der Leistungen von Beamten und Tarifbeschäftigten.

Die Kritikpunkte des tbb an dem Koalitionsvertrag beziehen sich auf mehrere Bereiche:

1. Mangelndes Bekenntnis zum Berufsbeamtentum: Der tbb hatte ein klares Bekenntnis zur Bedeutung des

Berufsbeamtentums gefordert, um die Stabilität und Professionalität des öffentlichen Dienstes zu sichern. Der Ver-

trag enttäuscht in dieser Hinsicht, da keine ausreichende Bekräftigung dieses Grundsatzes zu finden ist.

2. Fehlende Maßnahmen für eine moderne Verwaltung:

Auch die angestrebte Modernisierung der Verwaltung, einschließlich verstärkter Digitalisierung und besserer Arbeitsbedingungen, wird im Koalitionsvertrag nicht in dem Maße aufgegriffen, wie es der tbb erwartet hatte.

3. Unzureichende Personalpolitik und Besoldung:

Der tbb hatte eine gezielte Personalpolitik sowie eine Besoldung gefordert, die den Anforderungen und der Verantwortung des öffentlichen Dienstes gerecht wird. Im Koalitionsvertrag wird dies jedoch nur unzureichend angesprochen. Die Frage einer „amtsangemessenen“ Besoldung und einer nachhaltigen Personalentwicklung bleibt weitgehend unbeantwortet.

4. Verzögerte Dienstrechtsreform:

Eine weitere zentrale Forderung des tbb ist eine zeitnahe und umfassende Dienstrechtsreform, die den aktuellen Herausforderungen gerecht wird. Der Koalitionsvertrag zeigt sich in diesem Punkt eher vage und lässt keine konkreten Schritte oder Zeitrahmen erkennen.

5. Aufgabenkritik 2.0:

Im Koalitionsvertrag wird von einer Verwaltungsreform mit vorhergehender Aufgabenkritik gesprochen. Eine ehrliche Aufgabenkritik, die ihren Namen verdient, ist seit vielen Jahren eine der zentralen Forderungen des tbb. Ein Vergleich mit anderen Ländern kann aber nur als Orientierung dienen. Die Länder und ihre Verwaltungen haben sich seit der Föderalismusreform in einem hausgemachten Überbietungswettbewerb auseinanderentwickelt. Jedes Land hat mittlerweile Strukturen, die nicht vergleichbar sind. Daher hinken solche Vergleiche. „Nehmen Sie die Beschäftigten mit, hören Sie zu und entwickeln eine Reform mit ihnen und nicht auf dem Rücken der Beschäftigten“, fordert der tbb.

Die Kritik des tbb richtet sich darauf, dass die fünf genannten Bereiche bislang nicht ausreichend in den politischen Entscheidungen Berücksichtigung finden. Die Folgen sind unzureichende Wertschätzung und Unterstützung für Beamte und Tarifbeschäftigte. Der tbb fordert daher eine stärkere politische und strukturelle Berücksichtigung der Bedürfnisse und Anforderungen des öffentlichen Dienstes.



© pixabay

Anzuerkennen ist, dass alle drei Parteien willens sind, Thüringer Ideen für einen Thüringer Weg zu ebnen und den Spirit für wirkliche Veränderung im Freistaat erkennen lassen.

In der detaillierten Darstellung der Bereiche Bildung, Wissenschaft, Innovation, Wirtschaft, Arbeit, Energie, Migration, Sicherheit, Justiz, Gesundheit, Pflege, Soziale Verantwortung, Landwirtschaft, Umwelt, Bauen, Wohnen, Infrastruktur, Kommunen, Kultur, Sport, Demokratie, Zusammenhalt, Moderner Staat, Digitalisierung, Finanzierung nennt der Koalitionsvertrag bekannte Probleme, die auch die Vorgängerregierungen gebetsmühlenartig vorgetragen haben und die jetzt auch auf der To-do-Liste der neuen Landesregierung in der 8. Wahlperiode stehen.

Der Thüringer Beamtenbund sieht außerdem viele Vorhaben der Koalitionäre als finanziell sehr ambitioniert an. So stehen in den nächsten Jahren geplante

Ausgaben im Widerspruch zu dem erst vor Kurzem im Landeshaushaltsentwurf 2025 ausgerufenen Sparkurs der Ministerien durch die amtierende Finanzministerin. Konkrete Überlegungen zur Finanzierung dieser Vorhaben in der neuen Legislaturperiode fehlen erstaunlicherweise.

Schule, Hochschule, Polizei, Justiz sind ehrenwerte Leucht-

Verdichtung der Arbeit, fehlendes Fachpersonal, mangelnde Ausbildungszahlen, fehlende Wertschätzung des Dienstherrn und die weiterhin nicht amtsangemessene Besoldung von Beamten lassen erkennen, dass Thüringens größter Arbeitgeber, der öffentliche Dienst, mehr Beachtung im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung verdient, damit dem Freistaat bei seinen wirtschaftlichen Vorhaben auch die behördlichen Strukturen zur Verfügung stehen.

► Verpasste Gelegenheit

Insgesamt bewertet der tbb den Koalitionsvertrag als unzureichend, da er die berechtigten Forderungen und Erwartungen des öffentlichen Dienstes nicht in erforderlichem Umfang berücksichtigt. Der Verband sieht dies als verpasste Gelegenheit, den öffentlichen Dienst in Thüringen zukunftsfähig zu gestalten und seinen Beschäftigten die verdiente Anerkennung und notwendige Unterstützung zu gewähren. Der Beamtenbund fordert mehr politische Anerkennung und Respekt für die Arbeit der Beamten und Tarifbeschäftigten. Darüber hinaus soll die Personalpolitik so ausgerichtet werden, dass langfristig qualifizierte Fachkräfte gewonnen und auch gehalten werden können. ■

> Ankündigung

Gewerkschaftstag Thüringer Beamtenbund
STAAT. MACHEN WIR!
WIR. FÜR EUCH. 18./19. März 2025

© tbb

Hiermit zeigt der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e. V. seinen Gewerkschaftstag an.

Der VIII. Gewerkschaftstag des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e. V. findet am

18./19. März 2025 (Dienstag/Mittwoch)

im **AHORN-Berghotel in Friedrichroda** statt.

Verabschiedung

Dank an die scheidende Verbandsjuristin

Bei der Landeshauptvorstandssitzung am 25. Oktober 2024 hat der Landesvorsitzende des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Frank Schönborn, die Verbandsjuristin Maria-Alexandra Jäkel verabschiedet.

Jäkel war seit dem 1. Januar 2011 beim tbb beschäftigt und

verlässt den Verein auf eigenen Wunsch, um eine Stelle im Thüringer Bildungsministerium anzutreten.

Der Landesvorsitzende bedauerte den Weggang von Maria-Alexandra Jäkel und dankte ihr für ihre langjährige wertvolle Unterstützung. Für ihre beruf-

liche und private Zukunft wünschte er viel Erfolg und alles Gute.

Auch Jäkel bedankte sich zum Abschied beim Landesvorsitzenden und allen Anwesenden für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit in den letzten 13,5 Jahren.



© tbb

tbb Inside

Forderungspapier: der öffentliche Dienst der Zukunft

Das Forderungspapier „Der öffentliche Dienst der Zukunft“ des tbb thematisiert die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die adäquate Anerkennung der Leistung der

Beschäftigten als zentrale Anliegen des öffentlichen Dienstes in Thüringen. Insgesamt beinhaltet das Papier Forderungen, die auf eine Stärkung des öffentlichen Dienstes und

mehr Wertschätzung für seine Beschäftigten abzielen, damit zukünftige Herausforderungen zu bewältigen und qualifizierte Fachkräfte gewonnen werden können.



Das Papier ist abrufbar unter: <https://www.thueringer-beamtenbund.de/forderungspapier/>

DSTG Thüringen

Sitzung Landeshauptvorstand

Am 4. November 2024 tagte der Landeshauptvorstand der DSTG Thüringen erstmals unter neuer Leitung im BZ Gotha. Die Sitzung bot den Mitgliedern der Landesleitung und des Landesvorstands Gelegenheit, auf die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit zurückzublicken.

Im Mittelpunkt der Tagung standen der Lagebericht der Landesvorsitzenden sowie ein Überblick über die Haushalts-situation durch die Schatzmeisterin. Hierbei wurden die Haushaltsabschlüsse für 2023 und die Planungen für die Haushalte 2024 und 2025 detailliert erläutert. Außerdem wurde aus den Arbeitsgruppen des Thüringer Beamtenbundes (tbb) Bericht erstattet.

Unter einem weiteren wichtigen Tagesordnungspunkt wurden die Sachstände der beim Gewerkschaftstag eingereichten Anträge und Beschlüsse



© DSTG Thüringen

erörtert, die Einfluss auf die zukünftige Ausrichtung der DSTG Thüringen haben wer-

den. Neben den Berichten zum Beamtenrecht wurde auch die aktuelle Tarifrunde

für die Beschäftigten von Bund und Kommunen angesprochen. In diesem Zusammenhang appellierte die Landesleitung an die Solidarität der Gewerkschaftsmitglieder und bat um Unterstützung der Aktionen im Rahmen der Verhandlungen zum TVöD.

Die Landeshauptvorstandssitzung war ein bedeutender Schritt in der Arbeit der DSTG Thüringen, die künftig transparenter und zielgerichteter vollzogen werden soll.

*Nicole Siebert,
Landesvorsitzende
DSTG Thüringen*

Rückblick

Thüringer Personalrätekonferenz mit starkem Programm

Gleich drei wichtige Themenkreise wurden bei der Thüringer Personalrätekonferenz am 12. November 2024 in Erfurt aufgegriffen, die die komba gewerkschaft thüringen zusammen mit dem tbb beamtenbund und tarifunion thüringen ausgerichtet hatte. Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern fand das starke Programm, das sowohl rechtliche Fragen als auch neue Entwicklungen im Arbeitsrecht aufgegriffen hat, große Zustimmung.



> komba Vorsitzender Peter Gierke moderierte das Thüringer Personalräteforum.



> Landesvorsitzender Frank Schönborn referierte zur Allzuständigkeit im Thüringer Personalvertretungsgesetz.

Im Einzelnen nahmen die Referenten Stellung zu folgenden Fragen:

1. Fortschreibung der Regelbeurteilung für freigestellte Personalratsmitglieder

Claudia Brandstädt aus dem Thüringer Innenministerium informierte mit großer Sachkenntnis darüber, wie Beurteilungen für freigestellte Personalratsmitglieder aktualisiert und rechtlich abgesichert werden. Die Regelbeurteilung könne unter anderem klären, wie die Leistung dieses Personenkreises, der keine regulären Arbeitsaufgaben mehr erfüllt, sondern ausschließlich für den Personalrat arbeitet, gemessen und bewertet wird. Erörtert wurde dabei, wie eine solche Beurteilung an die spezifischen Anforderungen und Gegebenheiten der Freistellung angepasst wird.

2. Umsetzung der Allzuständigkeit im Thüringer Personalvertretungsgesetz

Der tbb Landesvorsitzende Frank Schönborn referierte bei

der Veranstaltung über die „Allzuständigkeit“, die das Thüringer Personalvertretungsgesetz für die Personalvertretungen in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst vorsieht. Konkret ging es dabei um die Art und Weise, wie Personalvertretungen in alle Fragen des Arbeitsrechts, der Mitbestimmung und der Personalplanung im öffentlichen Dienst eingebunden sind. Kenntnisse über die praktische Umsetzung und die rechtlichen Rahmenbedingungen dieser Allzuständigkeit sind notwendig, damit Personalräte ihre Aufgaben umfassend und wirksam wahrnehmen können.

3. Digitalisierung im Personalvertretungsrecht und KI in der Dienststellenpraxis

Stefan Sommer, Referent in der dbb bundesgeschäftsstelle, vermittelte einen Überblick über die Einsatzmöglichkeiten und -grenzen digitaler Hilfsmittel bei Sitzungen und Beschlussfassungen von Personalräten und Vorständen der Personalräte. Er verwies in diesem Zu-

sammenhang auf das alleinige Recht der Personalräte, auf Videokonferenzen, Beschlussfassungen im Umlaufverfahren oder Telefonkonferenzen zurückzugreifen. Erörtert wurden auch mögliche Nutzungen von KI in den Dienststellen und die dafür geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen und sowie die Anwendung von KI zur Informationsbeschaffung für Personalräte.

Den Veranstaltern war es wichtig, rechtliche Fragen wie auch

praktische Anwendungen zu erörtern, um den Personalvertretungen in Thüringen eine effektive Arbeit im Einklang mit dem Gesetz zu erleichtern.

*Peter Gierke,
Landesvorsitzender
komba gewerkschaft thüringen*

und

*Frank Schönborn,
Landesvorsitzender
tbb beamtenbund und
tarifunion thüringen*

> Mitgliederinformation zur amtsangemessenen Alimentation



Musterwiderspruch 2024

Der Musterwiderspruch 2024 zur amtsangemessenen Alimentation wurde ausschließlich an unsere Thüringer Mitgliedsgewerkschaften übersandt. Mitglieder wenden sich bitte direkt an Ihre Fachgewerkschaft.

